

Tugendwächter und Discomiezen in Xinjiang

Der uigurische Volksmob und sein antizivilisatorischer Kampf

BASTIANASSION

Unisono haben westliche Politiker, Medienvertreter, NGOs und andere Menschenrechtsideologen zunächst die chinesische Regierung für die hohe Zahl an Toten und Verletzten bei den Ausschreitungen am 5. Juli 2009 in der Hauptstadt Ürumqui der chinesischen Provinz Xinjiang verantwortlich gemacht. Erst wurden unter Berufung auf Berichte des Weltkongresses der Exil-Uiguren chinesische Sicherheitskräfte beschuldigt, ein Massaker an mehreren hundert, in späteren Darstellungen des Weltkongresses sogar an mehreren tausend der in Ürumqui lebenden Uiguren begangen zu haben. Nach den Aussagen des Weltkongresses¹ zum Tathergang habe am 5. Juli eine friedliche Demonstration stattgefunden. Der Anlass sei ein Überfall eines han-chinesischen Mobs auf uigurische Fabrikarbeiter in der östlichen chinesischen Provinz Shandong gewesen. Nach der Beendigung der Demonstration durch die chinesische Polizei, habe sich die Menge nicht sofort aufgelöst. Das sei für die Sicherheitskräfte ein Anlass gewesen, äußerst brutal und hart gegen die Demonstranten vorzugehen, was zu einer Eskalation der Situation geführt habe. Die darauf folgenden Unruhen unter den Uiguren seien deshalb auf den brutalen Polizeieinsatz gegen friedliche Demonstranten zurückzuführen. Bei diesen Unruhen hätten die Uiguren sich Straßenschlachten mit der Polizei geliefert und Autos, Häuser und Geschäfte zerstört. Jedoch betont der Weltkongress auch, dass die eigentlich friedfertigen Uiguren keine Zivilisten umgebracht hätten. Zur Beendigung der Unruhen hätten die Chinesen wahllos auf die an den Ausschreitungen beteiligten Uigu-

ren geschossen und ein Massaker angerichtet. Diese Darstellung des Weltkongresses entsprach, wie Christian Y. Schmidt schon in der *konkret* gezeigt hat, nicht der Wahrheit.² Bis heute konnte der Weltkongress keine Beweise für ein Massaker vorbringen. Selbst die auf der Webseite des Weltkongresses verlinkten Presseartikel bestreiten fast alle nicht mehr, dass am 5. Juli nicht friedliche, uigurische Demonstranten von chinesischen Sicherheitskräften, sondern überwiegend han-chinesische Zivilisten von einem uigurischen Mob umgebracht wurden. Nach offiziellen chinesischen Angaben starben dabei knapp 200 Menschen, davon der weitaus größte Teil Han-Chinesen. Zudem wurden mehr als 1000 Menschen verletzt. Die chinesischen Sicherheitskräfte gingen sogar, worauf Schmidt ebenfalls hingewiesen hat und was zahlreiche Quellen außerhalb Deutschlands bestätigten, im Gegensatz zum normalen Umgang mit Demonstrationen und Unruhen in China zuerst erstaunlich ruhig gegen den aufgehetzten Mob vor. Auf der Demonstration kamen vor allem normale Polizeikräfte zum Einsatz. Selbst beim Ausbruch der Gewalttätigkeiten wurden zunächst nur Wasserwerfer, Tränengas und Gummiknüppel eingesetzt. Erst spät, nämlich über eine Stunde nach Ausbruch der Ausschreitungen, wurden Spezialeinheiten zur Bekämpfung von Aufständen, Militäreinheiten und Räumpanzer eingesetzt sowie von Schusswaffen Gebrauch gemacht. Dabei wurde nach momentanem Erkenntnisstand aber nicht auf friedliche oder unbewaffnete Demonstranten, sondern auf einzelne Personen geschossen, die selbst nach vorherigen Warnschüssen nicht von ihrem mörderischen und barbarischen Handwerk lassen wollten. Somit entspricht auch die nach wie vor von deutschen Medien

¹ Vgl. <http://www.uyghurcongress.org>.

² Vgl. Christian Y. Schmidt, *Pogrom und Propaganda. Was bei den „Unruhen“ im westchinesischen Xinjiang wirklich geschah*, in: *konkret*, Nr. 8/2009.

³ Weltkongress der Uiguren, *Chinesische Politik, Menschenrechtsverletzungen und die Konsequenzen*, auf: <http://www.uyghurcongress.org/De/AboutET.asp?mid=1107905016&mid2=259845807>.

⁴ Dieser Aufruf zum heiligen Krieg entstammt dem Vortrag *Ost-Türkistan braucht politische Hilfe der Muslime. Clinton verschweigt in China das Schicksal Ost-Türkistans*, den der Leiter des Centers, Abduljelil Karakash, 2000 in Weimar gehalten hat. In seiner Gesamtheit zeigt dieser Vortrag das ganze Ausmaß des islamfaschistischen Treibens dieser Organisation und ihres Leiters. Nachgelesen werden kann der Vortrag unter <http://www.uygur.org/de/reports/5/5.html>.

kolportierte Nachricht, dass der harte und brutale Gewalteininsatz der chinesischen Sicherheitskräfte gegen friedliche Demonstranten die Unruhen ausgelöst habe, nicht der Wahrheit. Daher stellt sich natürlich die Frage: Was sind die Hintergründe für diese pogromartigen Ausschreitungen?

Der Anlass für die Demonstration am 5. Juli war ein Vorfall in der chinesischen Provinz Guangdong. Diese liegt im östlichen China. In den letzten zwei Jahren wurden über 200.000 Uiguren von der chinesischen Regierung für die Arbeit in Fabriken in dieser Provinz angeworben oder zur dortigen Arbeit gezwungen. Dieser massenhafte Zuzug von Uiguren traf in der han-chinesischen Bevölkerung auf starke Ablehnung. Die Uiguren wurden beschuldigt, den Einheimischen die Arbeitsplätze weg zu nehmen und fremdenfeindliche Vorurteile, die Uiguren seien minderwertig, faul und kriminell, machten die Runde. In diesem von Hass geprägten Klima reichte die Verbreitung eines, wie heute fest steht, unwahren Gerüchtes über die Vergewaltigung zweier han-chinesischer Mädchen durch Uiguren in einer Fabrik aus, um einen mehr als hundert Mann starken han-chinesischen Mob in Bewegung zu setzen. Diese mit Messern, Steinen und Knüppeln bewaffnete Meute überfiel die Schlafräume der uigurischen Arbeiter und prügelte und stach wahllos auf die dort Anwesenden ein. Die Folge waren nach offiziellen chinesischen Angaben zwei Tote und über hundert zum Teil schwer Verletzte. Die Nachricht über diesen Vorfall hatten die chinesischen Behörden aus Sorge vor Unruhen in Xinjiang verharmlosend veröffentlicht. Dennoch verbreiteten sich Nachrichten und Bilder des Überfalls via Handys und E-Mails rasch in ganz Xinjiang. Auf diesen Bildern waren in allen Einzelheiten nicht nur die Brutalität der Angreifer, sondern auch die blutüberströmten und überall in den Räumen leblos herumliegenden Opfer zu sehen. Darüber hinaus kam zusammen mit diesen Bildern das Gerücht in Umlauf, dass die Zahl der Opfer weitaus größer gewesen sei, als offiziell von den Chinesen angegeben. Desweiteren seien die chinesischen Polizisten weder ihrer Aufgabe, die Uiguren zu schützen, noch die Täter zu verfolgen und zu bestrafen, nachgekommen. Diese Gerüchte waren vom Weltkongress verbreitet worden, welcher auch großen Anteil an der Verbreitung der Bilder im Internet und über Handys hatte. Der Weltkongress war so zumindest im Vor-

feld an der Entstehung der Demonstration am 5. Juli beteiligt.

Anlass dieser Demonstrationen waren die Vorfälle in Guangdong, die Hauptforderungen der Teilnehmer die rücksichtslose Aufklärung der Verbrechen sowie die Bestrafung der Täter. Auch rief der Weltkongress mit Bezug auf die Vorfälle in Guangdong am 1. Juli für den 3. Juli und die Folgetage zu Protesten vor chinesischen Botschaften auf. Trotz dieser vielfältigen Aktivitäten vor der Demonstration in Urumqi bestreitet der Weltkongress jede organisatorische Beteiligung oder Unterstützung der Demonstration am 5. Juli. Diese Darstellung kann bezweifelt werden. Letztendlich ist aber egal, ob die Exil-Uiguren nur indirekt durch ihre Aktivitäten im Vorfeld, oder durch direkte Unterstützung bei der Durchführung am Zustandekommen der Demonstration beteiligt waren. Der Weltkongress beabsichtigte mit der Veröffentlichung und Weiterverbreitung der Bilder nicht nur, Informationen zugänglich zu machen, sondern trachtete auch danach, einen Aufstand zu provozieren. Er war sich völlig darüber im Klaren, welche Wirkung diese Bilder von Uiguren tötenden Han-Chinesen auf die uigurische Bevölkerung in Xinjiang haben musste. So hat der Weltkongress schon 2005 auf die explosive Stimmung in Xinjiang hingewiesen und im Falle der Fortführung der chinesischen Politik vor weiteren Eskalationen und Konflikten zwischen Chinesen und Uiguren gewarnt. Die Hintergründe für diesen Konflikt waren für den Weltkongress eindeutig. Er schrieb: „Gegenwärtig müssen die Uiguren in Ostturkistan wählen zwischen der Auslöschung ihrer Nation durch schrittweise Assimilierung oder einem tödlichen Kampf um ihre kulturelle Identität“.³ Auf der Seite des vom Weltkongress verlinkten East Turkistan Information Center wird deutlich, was mit diesem tödlichen Kampf gemeint ist. Hier heißt es: „Entweder leben wir nach unserem Willen, oder wir sterben kämpfend. Mein letztes Wort ist, dass wir Freunde sein müssen mit den Freunden Allahs und Feinde der Feinde Allahs. Bis wir diese Haltung nicht eingenommen haben, können wir nicht zufrieden sein“.⁴ Diese Aufrufe zum heroischen Widerstand gegen die chinesischen Besatzer und zum Heiligen Krieg sind nicht einfach Aussagen exil-uigurischer Spinner, sondern spiegeln die Haltung der Mehrheit der Uiguren wider. Diese Mischung aus völkischem und islamfaschistischem Wahn hat ih-

ren Ursprung in der Ideologie des Panturkismus.⁵ Die Entstehung und Ausbreitung dieser Ideologie unter den Uiguren lassen sich bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen. Schon im 19. Jahrhundert kam es zu mehreren Aufständen und Unruhen im heutigen Xinjiang gegen die damalige chinesische Herrscherdynastie. Dabei handelte es sich aber noch nicht um eine Massenbewegung mit einem klaren ideologischen und politischen Profil. Eine solche ideologische Grundlage entwickelte sich erst Anfang des vorherigen Jahrhunderts mit der Ausbreitung des Panturkismus in den Uiguren-Gebieten. Dazu muss man wissen, dass die Uiguren zu den Turkvölkern gezählt werden. Der Panturkismus war eine völkische Ideologie, die den Zusammenschluss aller Turkvölker in einem großtürkischen Reich forderte. Die bekanntesten Vertreter des Panturkismus waren die Jungtürken. Die Grundlagen für dieses Reich sollten die gemeinsame Kultur und Rasse bilden.

In diesem Weltbild galten die Türken als Herrenrasse gegenüber allen anderen Völkern. Verbreitung fand eine abgewandelte Form des Panturkismus in den Uigurengebieten durch die sich - wie in allen zentralasiatischen Ländern zu dieser Zeit - ausbreitenden Dschadidisten. Der Dschadidismus wandte sich insbesondere gegen die soziale und kulturelle Rückständigkeit der islamisch geprägten Gesellschaften. Die islamischen Gesellschaften bedürften dringend einer Reformierung und Modernisierung im westlichen Sinne. Auch müsse der Islam von allem Traditionalismus und Ritualismus befreit werden und der Koran in seinem historischen Kontext verstanden werden. Leider gingen aber diese im ersten Moment sehr fortschrittlich und sympathisch wirkenden Modernisierungsgedanken mit der Berufung auf einen wahren Islam und auf die Blut und Boden-Ideologie des Panturkismus einher. Für die Dschadidisten war das einigende Band der Turkvölker vor allem der gemeinsame Glaube an Allah. Dabei wurde das Großreich der Turken nur als erster Schritt auf dem Weg zur Umma gesehen. Der Glaube an die Nation war für die Dschadidisten gleichbedeutend mit dem Glauben an Gott. Im Gegensatz zu den Jungtürken war für sie der Islam das wichtigste gemeinsame Element der Turken. Zur Verbreitung ihrer Ideen richteten die Dschadidisten ihr Augenmerk insbesondere auf die Schulbildung. Sie wollten die Kinder und Ju-

gendlichen in einem neuen Geist erziehen. Der Name Dschadidisten bedeutet deshalb auch übersetzt: neue Unterrichtsmethoden.

Ihre Hauptaufgabe im Uigurengebiet sahen sie so vor allem in der massenhaften Gründung von neuen Schulen in jeder Provinz. Desweiteren verbreiteten sie ihre Lehren in der Bevölkerung durch Zeitungen. Mit dieser Ausbreitung der Lehren des Dschadidismus in der uigurischen Bevölkerung war der Grundstein für das völkische und islamfaschistische Wahngelbilde der Mehrzahl der heutigen Uiguren gelegt. In der Folgezeit unternahm Uiguren zweimal den Versuch, auf Grundlage des Panturkismus eine Republik Ostturkestan zu gründen. Der erste Versuch der Gründung einer unabhängigen islamischen Republik Ostturkestan scheiterte schon nach nur vier Monaten (November 1933 - Februar 1934). Trotz seiner kurzen Dauer wird mit Bezugnahme auf diese erste Republik oft der Anspruch der Uiguren auf einen eigenen Staat gerechtfertigt. Die zweite unabhängige Republik Ostturkestan, die aber nur das Gebiet um Nordxinjiang umfasste, konnte sich durch die Unterstützung der Sowjetunion weitaus länger halten. Sie existierte insgesamt fünf Jahre, von 1944 bis 1949. 1949 ließ die Sowjetunion ihre Unterstützung fallen und billigte die Besetzung durch die chinesische Volksarmee. 1956 wurde dann das bis heute bestehende uigurische autonome Gebiet Xinjiang gegründet. Dies führte unter den Uiguren zu mehreren Unruhen und in manchen Gegenden sogar zu Aufständen. Nach Meinung des Weltkongresses sollen von 1949 bis 1968 157 Aufstände für Demokratie und Freiheit stattgefunden haben. Diese Zahl dürfte weit übertrieben sein. In der von mir gesichteten Literatur kommt man, wenn man zusammenzählt, höchstens auf 15 bis 30 größere Unruhen und Aufstände. Weit interessanter ist aber das Verständnis des Weltkongresses von Demokratie und Freiheit. Denn der größte Aufstand gegen die Chinesen in dieser Zeit brach 1954 aus. Dieser ach so freiheitliche Aufstand wurde von dem radikalen Moslem Abilimi angeführt. Er und seine Mannen wollten einen islamischen Staat errichten und propagierten den Heiligen Krieg. Ihre Aktivitäten bestanden aus Angriffen auf verschiedene öffentliche Gebäude und der Auslösung mehrerer Tumulte in verschiedenen Teilen des Landes. Dadurch gelang es diesen radikalen Moslems zwar kurzfristig, nicht wenige Leute mit ihren Parolen

⁵ Zur Geschichte der Entstehung des Panturkismus und Separatismus in Xinjiang siehe insbesondere Starr 2004; Millward 2009.

⁶ Zur Re-Islamisierung in Xinjiang siehe insbesondere Herber 2005.

und Zielen zu mobilisieren, und sie konnten auch kleinere Erfolge bei ihren Angriffen erzielen, aber eine wirkliche Gefahr stellte der Islam zu diesem Zeitpunkt in Xinjiang nicht dar. Somit kam das Treiben Abilimis und seiner Anhänger spätestens 1957 weitestgehend zum Stillstand.

Auch eher dem völkischen Traum vom Pan-turkismus nachhängende Uiguren waren natürlich nicht einfach ausgestorben. Immer wieder flammten Proteste und Unruhen in verschiedenen Städten und Dörfern auf. So kam es z.B. 1962 in Xihing zu gewalttätigen Ausschreitungen, an denen sich mehr als 2000 Leute beteiligten. Auch diese separatistischen Strömungen stellten zu diesem Zeitpunkt aber noch kein großes Problem für die chinesische Zentralmacht dar. Ihnen fehlte es vor allem an den ideologischen Führern. Die wichtigsten Anführer der zweiten Republik Ostturkestan waren schon 1949 bei einem mysteriösen Flugzeugabsturz ums Leben gekommen. Ab 1958 ließ Mao die Mehrheit der Aktivisten der zweiten ostturkischen Republik verhaften und erschießen. Wie in anderen Regionen wurde in der Kulturrevolution auch in Xinjiang der Versuch unternommen, alles Unchinesische und Traditionelle zu verfolgen und zu verbieten. Moscheen wurden geschlossen und die Ausübung kultureller Gebräuche sowie die uigurische Sprache untersagt. Jeder, der gegen das Verbot verstieß, wurde verfolgt oder sogar umgebracht. Mit dem Amtsantritt Deng Xiaopings wurde den Uiguren wieder erlaubt, unter bestimmten Bedingungen ihre Religion und Kultur auszuüben. Das führte zu einer starken Re-Islamisierung in Xinjiang.⁶ Massenhaft wurden neue Moscheen und an sie angeschlossene Koranschulen gegründet. Durch diese Koranschulen verloren die staatlichen Schulen stark an Kontrolle und Einfluss über die uigurischen Kinder und Jugendlichen. Dabei wurde in diesen Schulen oft nicht nur der Islam, son-

dern auch die Idee eines panturkischen Reiches verbreitet und gelehrt. Auch im Wandel des Straßenbildes in den meisten Orten in Xinjiang zeigt sich heute die erstarkende Macht und der Einfluss des Islams. Noch vor zehn Jahren sah man auf den Straßen in Xinjiang fast keine verschleierte Frauen. Heute trägt eine Mehrheit der Frauen Kopftücher oder sogar Burkas. Daneben sind die Imame zumindest in Südxinjiang die eigentlichen Herrscher in den einzelnen Gemeinden. Sie verfügen über weitaus größere Macht als die lokalen Partei- und Regierungsstellen. Ohne Zustimmung oder zumindest Billigung des Imams lassen sich keine wichtigen Veränderungen im Gemeinwesen durchsetzen. Zudem werden neue Verordnungen oft vom Imam in den Freitagsgebeten verkündet. Schließlich wird auch die Rechtsprechung mehr und mehr von den Imamen übernommen. Verurteilungen auf Grundlage der Shari'a und Mehrfacheheschließungen haben in den letzten Jahren ein bedrohliches Ausmaß angenommen. Diese Herrschaft stützt sich vor allem auf ein System permanenter sozialer Kontrolle und Überwachung des Einzelnen. Wer sich nicht vollständig dem Sitten- und Tugendterror von Allahs Dienern unterwirft und deshalb als ungläubig gilt, wird aus der Gemeinschaft ausgeschlossen und muss in vielen Fällen mit Verfolgung rechnen. Niemand darf mehr mit diesen Personen reden, ihnen wird die Teilnahme am normalen Dorf- oder Stadtleben verunmöglicht. So werden die „Ungläubigen“ beispielsweise in vielen Geschäften nicht mehr bedient, zu keinen Feiern mehr eingeladen und sind auch



Die völkische Aufteilung Asiens

ansonsten zahlreichen Schikanen und Demütigungen ausgesetzt. Seit 1990 versuchen die Chinesen verstärkt, den sich so auf dem Vormarsch befindenden Islam wieder zurück zu drängen. So wurden die Koranschulen, außerschulische islamische Jugendclubs und Organisationen aufgelöst und Personen unter 18 Jahren der Besuch der Moschee untersagt. Auch werden die Imame seit einiger Zeit von den Chinesen ausgesucht und eingesetzt sowie ihre Predigten und Aktivitäten kontrolliert. Diese Maßnahmen kommen wahrscheinlich zu spät. In den Koranschulen wurde schon eine ganze Generation im Geiste von Allah und dem Panturkismus erzogen. Auch sind die meisten Lehrer in staatlichem Schulen selbst gläubig und versuchen in diesem Sinne auch Einfluss auf ihre Schüler zu nehmen. Dennoch haben diese Maßnahmen zumindest den positiven Effekt, dass sie den Imamen die Nachwuchsrekrutierung erschweren.

Was sie nicht verhindern konnten war, dass die Ausbreitung des Alltagsislams in Xinjiang und die neue Macht der Imame generell zu einer Radikalisierung der Moslems führte und djihadistische Banden hervorgebracht. Diese haben seit 1990 zahlreiche Anschläge auf zivile und militärische Ziele sowie auf uigurische und chinesische Politiker verübt. Dennoch gehen längst nicht alle Anschläge in Xinjiang auf Djihadisten zurück. Auch mehrere separatistische Terroristenbanden treiben ihr Unwesen in der Region.⁷ Das macht es aufgrund oft nicht vorhandener Bekennerschreiben in der Regel schwer, auf den ideologischen Hintergrund der Urheber eines Anschlages zu schließen. Fakt ist aber, dass insbesondere in den Jahren 1992-1993 und 1996-1997 zahlreiche Anschläge in Bussen, Geschäften und auf Märkten und anderen öffentlichen Plätzen verübt wurden. Dabei wurden mehr als 30 Personen getötet und über 100 verletzt. Der letzte größere Anschlag fand direkt vor den Olympischen Spielen 2008 statt. Dabei wurden bei einem Überfall auf eine Polizeistation in der Stadt Kasgar 16 Polizisten getötet und 16 weitere schwer verletzt. Auch fielen seit 1990 mehrere Politiker solchen Anschlägen zum Opfer. Gleichzeitig haben sich seit 2000 die Anschläge mehr und mehr auf das Ausland verlagert. Der Grund hierfür könnte sein, dass zumindest die Djihadisten Kontakte zu den Taliban und zu kasachischen und kirgisischen Glaubenskriegern aufgenommen haben. Nicht wenige Uiguren werden heute in

den Lagern der Taliban ausgebildet und erhalten von diesen Geld und Waffen.

So waren Uiguren in mehrere Anschläge auf uigurische und chinesische Politiker in der Türkei, in Kasachstan und Kirgistan sowie mehreren anderen Staaten involviert. Wie die Djihadisten die Islamisierung der uigurischen Gesellschaft, so spiegeln die separatistischen Terrorgruppen die seit den 1980er Jahren zu beobachtende starke Renaissance von panturkistischen und separatistischen Ideen bei den Uiguren wider.

Ein wichtiger Faktor für diese Wiederaufleben war der Zusammenbruch der Sowjetunion. Dadurch entstanden direkt an der Grenze zu Xinjiang unabhängige Staaten wie Kasachstan oder Kirgistan, deren Staatsangehörige auch zu den Turkvölkern gezählt werden. Die Unabhängigkeit dieser Staaten hat bei den Uiguren Hoffnungen auf die Möglichkeit eines unabhängigen Staates wieder entflammen lassen. Ungefähr zur selben Zeit, in der diese Staaten ihre Unabhängigkeit erhielten, hat China aber die Ansiedlung von Han-Chinesen in Xinjiang massiv verstärkt. Für die Uiguren stellen diese Massen von nach Xinjiang hereinströmenden Han-Chinesen den endgültigen Beweis für den in ihrem Wahn herbei halluzinierten perfiden Plan der Chinesen, das uigurische Volk und seine Kultur durch Assimilation auszurotten, dar. Die Han-Chinesen werden aber heute weniger aus Gründen der Assimilation, als vielmehr zur Ausbeutung der seit den 90er Jahren entdeckten massiven Erdölvorkommen nach Xinjiang gebracht. Die chinesische Regierung hat erhebliche Anstrengungen in die Ausbeutung dieser Vorkommen investiert. Dazu benötigte man zahlreiche normale Arbeits- sowie Fachkräfte auf diesem Gebiet. Für eine solch wichtige Arbeit wollten die Chinesen aber vor allem aufgrund der mangelnden Loyalität der Uiguren gegenüber dem chinesischen Staat und der damit verbundenen Furcht vor Sabotageakten, wenn überhaupt, Uiguren nur als normale Arbeitskräfte einstellen. Auch wären aufgrund des sehr niedrigen Bildungsniveaus in Xinjiang die meisten Uiguren gar nicht in der Lage, höhere Posten bei dieser Arbeit zu übernehmen. Deshalb wurden von der chinesischen Regierung massenhaft han-chinesische Arbeitskräfte in anderen Landesteilen rekrutiert und nach Xinjiang verfrachtet. Heute ist Xinjiang durch diese großen Ölvorkommen eine der reichsten Provinzen Chinas. Von diesem

⁷ Eine detaillierte Auflistung der größten, momentan in Xinjiang operierenden terroristischen Gruppen und ihrer ideologischen Hintergründe findet sich bei Millward 2009.

Reichtum profitieren aber fast ausschließlich die in Xinjiang lebenden Han-Chinesen und vor allem die chinesische Regierung. Die Lebenssituation der Mehrheit der Uiguren hat sich durch diesen neuen Reichtum nicht geändert. Nach wie vor führen viele Uiguren ein klägliches und erbärmliches Leben auf dem Land. Auch die Arbeitslosenrate in den Städten ist insbesondere unter Jugendlichen sehr hoch. Für die Uiguren in ihrem völkisch und islamisch aufgeladenen Wahn sind die Han-Chinesen personifizierter Ausdruck der Unterdrückung und Vernichtung ihres Volkes.

Dieser Wahn führte schon weit vor dem 5. Juli zu Ausschreitungen gegen Han-Chinesen. Zwischen 1980 und 1981 kam es in vier verschiedenen Städten zu Demonstrationen und Krawallen. Anlässe waren zum Beispiel ein Feuer in einer Moschee oder Straßenkämpfe zwischen han-chinesischen und uigurischen Jugendlichen. Diese richteten sich in ihren Inhalten und Taten explizit gegen die Anwesenheit von Han-Chinesen in Xinjiang. Nicht nur wurden Parolen wie „Schlagt die Khitai [uigurische Bezeichnung für Han-Chinesen - BA] tot“ oder „Lang lebe die islamische Republik“ gerufen, sondern auch Han-Chinesen und ihre Häuser sowie Läden und Geschäfte angegriffen. Mehrere Tote und Verletzte waren die Folge. Genaue Opferzahlen liegen jedoch nicht vor. Weitere schwere Unruhen mit zahlreichen han-chinesischen Opfern ereigneten sich 1997 in der Stadt Xihing. Diese folgten auf das Verbot von sich in der Stadt und im Umland bildenden, auf streng islamischen Regeln und Prinzipien aufbauenden Jugendclubs. Ihr explizites Ansinnen ist die Bekämpfung allen unislamischen Verhaltens unter Jugendlichen. Der direkte Anlass für die Proteste war dann aber die Verhaftung zweier Religionsstudenten durch die Polizei. Daraufhin folgten tagelange Proteste, die nach weiteren Verhaftungen bald in Zerstörungswut gegen Autos, Häuser und Geschäfte sowie in Gewalt gegenüber Han-Chinesen und chinesische Polizisten mündeten. Dabei haben die Uiguren, wie schon am 5. Juli, mit Messern und Knüppeln eine Treibjagd auf han-chinesische Zivilisten veranstaltet. Mindestens zehn Han-Chinesen starben, mehr als hundert Menschen wurden verletzt. Schon damals sprachen Exil-Uiguren und NGOs von einem Massaker an den Uiguren. Zudem wurde den Chinesen vorgeworfen, die Gewalt durch die Schließung der Clubs und durch die Verhaftungen friedlicher Protestler ausgelöst zu haben.

Auch hier konnten keine eindeutigen Beweise vorgelegt werden. Dennoch kam es bei diesen Unruhen zu weit mehr Todesopfern unter den Uiguren, als nach dem momentanen Stand am 5. Juli - dennoch ist der Begriff „Massaker“ irreführend, weil es sich bei den Toten weitgehend um (wenn auch schlecht) bewaffnete Kämpfer handelte. Neben diesen Unruhen von 1980-1981 und 1997 ließen sich noch zahlreiche weitere kleinere Vorfälle als Beleg dafür nennen, dass der Hass und Vernichtungswille gegenüber Han-Chinesen unter der uigurischen Bevölkerung eine lange Vorgeschichte hat.

Diese Mischung aus panturkistischer Blut- und Bodenideologie und islamischem Kampf gegen die Ungläubigen, die in den Köpfen der Mehrheit der Uiguren herumspukt, hält internationale Menschenrechtsfreunde und Kulturrelativisten natürlich nicht davon ab, die Uiguren unter sakrosankten Artenschutz zu stellen. Wie immer, wenn es um den Schutz bedrohter Völker geht, stellt man sich hinter die vermeintlichen Unterdrückten und Schwachen. Für jede von autochthonen Völkern begangene Schandtat und jedes Verbrechen ist die Absolution von den westlichen Freunden schon erteilt. Egal, was sie anstellen, sie können damit rechnen, dass die westlichen anti-westlichen Völkerfreunde ihr barbarisches Tun in einen verzweifelten Akt der Hoffnungslosigkeit oder eine gerechtfertigte Verteidigung der eigenen Sippen- und Stammesriten umlügen. So verwundert es nicht, dass auch die Ausschreitungen vom 5. Juli nach wie vor auf großes Verständnis und Mitleid für die armen, verfolgten Uiguren stoßen. Schuld ist wie immer der Imperialismus, der in diesem Fall mal nicht ein amerikanischer, sondern ein chinesischer ist. Auch die islamische Welt bekundete ihre Solidarität mit den Uiguren.

So sprach der türkische Ministerpräsident von einem Völkermord an den Uiguren und drohte den Chinesen mit einem Boykott ihrer Waren. Das hat vor allem etwas mit dem völkischen Selbstverständnis der nationalistischen Türken zu tun, das immer noch starke Elemente des Panturkismus enthält. Auch andere islamische Brüder und Schwestern der Uiguren meldeten sich wenige Tage später zu Wort. Die ‚Al Qaida im islamischen Maghreb‘ drohte den ungläubigen Chinesen mit Anschlägen in chinesischen Städten. In den Untaten der Uiguren und ihren Sympathisanten kommen

alle Elemente des sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und kulturelle Identität beziehenden irrationalen Wahngebildes zum Ausdruck. Ein Fehler wäre es aber, aufgrund dieser Widerwärtigkeiten der Uiguren und ihrer Unterstützer Sympathien für die Chinesen und ihren Umgang mit den Uiguren zu entwickeln. Assimilation bedeutet für das uigurische Individuum nicht Befreiung oder eine Verbesserung seiner Situation. In ihrem Hass auf individuelle Freiheit und dem Bekenntnis zur vollständigen Unterwerfung unter das Kollektiv ähneln sich uigurische und chinesische Geisteshaltung. Deshalb kann es nicht verwundern, dass schon zwei Tage nach den Ausschreitungen vom 5. Juli auch die Han-Chinesen in Xinjiang gezeigt haben, dass sie in puncto Irrationalität den Uiguren in nichts nachstehen. So wollte am 7. Juli ein mit Messern, Eisenstangen und Knüppeln bewaffneter Mob von mehreren tausend Han-Chinesen aus Rache- und Vergeltungsgründen möglichst viele Leute umbringen. Dabei skandierte er: „Tod den Uiguren“ und sang die chinesische Nationalhymne. Nur durch einen massiven Einsatz von bewaffneten Polizeikräften und Spezialeinheiten, die den Zugang zu den uigurischen Vierteln und dem Marktplatz weitläufig absperren, sowie dem Einsatz von Tränengas konnte dieser Lynchmob an einem zweiten 5. Juli gehindert werden. Dennoch jagten an diesem Tag Han-Chinesen vereinzelt vermeintliche oder wirkliche Uiguren durch die Stadt und schlugen auf sie ein. Auch durchbrachen diese eine Polizeikette und ließen ihren Hass und Vernichtungswillen an mehreren uigurischen Geschäften und Marktständen aus. Nach dem 7. Juli konnten die Chinesen zwischenzeitlich die Lage durch das Verhängen einer Ausgangsperre und ihrer rigorosen Durchsetzung durch bewaffnete Polizeieinheiten beruhigen. Auch wurde über einige Stadtteile das Kriegsrecht verhängt und das Handy- und Internet gekappt. Der Grund hierfür war weniger, wie von den Exil-Uiguren und vielen Medien berichtet wurde, den Kontakt der Uiguren zur Außenwelt abzuschneiden, sondern das Bestreben, die Planung und den Aufruf zu Gewalttaten über diese Kommunikationswege zu vereiteln. Dieser nur durch massives Polizeiaufgebot und strikte Verfolgung aller Vergehen gegen die Ausgangsperre aufrecht erhaltene trügerische Frieden währte aber nicht lange. Anfang September brachen erneut Unruhen aus. Hintergrund dafür waren Angriffe mit Injektionsnadeln auf zumeist han-chinesische Passanten.

Als Schuldige wurden die Uiguren ausgemacht. Auch wurde der chinesischen Regierung vorgeworfen, dass sie – wie schon die Ereignisse des 5. Juli zeigten – keinen ausreichenden Schutz mehr für die han-chinesische Bevölkerung in Xinjiang gewährleisten würde. Bei den drei Tage lang anhaltenden Demonstrationen und Protesten wurde erneut Jagd auf Uiguren gemacht. Fünf Menschen kamen ums Leben, mehrere wurden verletzt. Die vermeintlich freie Wahl der Uiguren zwischen Assimilation oder Befreiungskampf ist eine zwischen Pest und Cholera. Beide Möglichkeiten verlangen die Absage an jedwede individuelle Freiheit und die vollständige Unterwerfung unter das realsozialistische Prinzip des neuen Menschen respektive des islamfaschistischen Tugendterrors. Deshalb muss im Sinne von Vernunft und Aufklärung für eine echte Alternative plädiert werden. Diese besteht in der Berufung auf das individuelle Glück und die Abkehr von der Gemeinschaft. Konkret bedeutet dies die Unterstützung aller Discomiezen, Strichjungen und anderer auf ihre individuelle Freiheit pochenden Personen, deren Anzahl im Gegensatz zum allgemeinen Trend zur Verschleierung auch in Xinjiang zugenommen haben soll. ■

Literatur:

Gladney, Dru, *Chinas „Uyghur Problem“ and the Shanghai Cooperation Organization*, auf: http://www.uscc.gov/hearings/2006hearings/transcripts/aug_3_4/tesimony_dru_gladney.pdf (letzter Besuch: 9.10.2009).

Khalid, Adeeb, *The Politics of Muslim Cultural Reform: Jadidism in Central Asia*, Berkely u. Los Angeles 1998.

Herber, Thomas, *Volksrepublik China*, in: *Der Islam in der Gegenwart. Entwicklung und Ausbreitung. Kultur und Religion. Staat, Politik und Recht*, hg. v. U. Steinbach und W. Ende, München 2005.

James, Millward, *Violent Separatism in Xinjiang: A Critical Assessment*, auf: <http://www.eastwestcenter.org/fileadmin/stored/pdfs/PS006.pdf> (letzter Besuch: 9.10.2009).

Starr, S. Frederick, *Xinjiang: China's Muslim borderland*, New York 2004.